

Werra-Weser-Versalzung

Der Moment der Wahrheit

Die von K+S erhoffte Erlaubnis zur Versenkung ihrer Abwässer kann offensichtlich immer noch nicht erteilt werden

Dem Kalihersteller K+S war im November 2015 gestattet worden, seine Abwässer weiterhin, wenn auch in vermindertem Umfang in den Untergrund zu verpressen. Man ist davon ausgegangen, dass bis Juni 2016 der Nachweis geführt werden kann, dass dieser Entsorgungsweg unbedenklich ist. Dabei wurde K+S sogar von einem Behördengutachter unterstützt. Die erhoffte Erlaubnis ist jedoch bisher nicht erteilt worden.

Man muss deshalb davon ausgehen, dass der schon für Dezember 2013 angeforderte "Unbedenklichkeitsnachweis" immer noch nicht gelungen ist. Wir halten es auch für abenteuerlich, davon auszugehen, dass ein solcher Nachweis gelingen könnte. Wir wissen aus inzwischen veröffentlichten Behördenakten, dass in der Umgebung der Versenkstellen schon vor Jahrzehnten Trinkwasservorkommen vernichtet worden sind; das Abwassersystem der Stadt Heringen wird als Folge der Laugenversenkung durch aufsteigende Salzwässer geschädigt. Ein aktuelles Gerichtsgutachten teilt die Ansicht von hessischen Fachbehörden, dass eine Fortführung der Laugenversenkung selbst in vermindertem Ausmaß den Gewässerschaden vergrößert. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, unter denen das Wasserhaushaltsgesetz keinen Ermessensspielraum lässt: die Versenkung der Abfalllaugen muss eingestellt werden. Das Regierungspräsidium Kassel scheint sich nunmehr der Einschätzung der thüringischen und hessischen Fachbehörden anzunähern.

Es ist nachzuvollziehen, dass die K+S AG nun seine Aktionäre vor einem Umsatz- und Gewinneinbruch warnt. Seit 2015 hat die Kalibranche mit Absatzproblemen und Preisverfall zu kämpfen, viele Hersteller haben deshalb ihre Produktion zurückgefahren. Unternehmerische Voraussicht dürfte der Grund für den Branchenriesen PCS gewesen sein, K+S vor einem Jahr ein Übernahmeangebot zu machen. Gemeinsam hätte man der Kalikrise besser begegnen können, der Standort in Deutschland sollte ausdrücklich geschützt werden. K+S hatte das Angebot von 41,50 Euro pro Aktie abgewiesen, weil es angeblich den "inneren Wert" des Unternehmens nicht abbilde. Der "innere Wert" scheint weitgehend entwichen zu sein, denn am Tag nach der Gewinnwarnung war die Aktie weniger als 18 Euro wert.

Verhängnisvolle Entsorgungspolitik

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz warnt seit Jahren davor, dass sich K+S mit seiner Entsorgungspolitik in eine ausweglose Situation bringen könnte. K+S hat seit Inkrafttreten der EU-WRRL im Jahre 2000 nichts unternommen, um den gesetzlichen Umweltstandards auch nur nahe zu kommen und sich unabhängig zu machen von dem besonders kritischen Entsorgungsweg der Laugenversenkung. Dem Endbericht des Pilotprojekts Werra-Salzabwasser (2007) kann man bereits entnehmen, dass das Unternehmen auf die Anwendung von Ausnahmevorschriften setzt. Die EU-Kommission hat aber 2015 betont, dass die hierfür notwendigen Voraussetzungen nicht vorliegen. Auch ein Urteil des EuGH vom Juli 2015 schließt jeden vermeintlichen Spielraum aus. Die jetzige Krise ist die notwendige Folge einer verfehlten Firmenpolitik.



Mit dem Kesselwagen an die Oberweser?

Diese Firmenpolitik scheint sich fortzusetzen. In der aktuellen Krisensituation werden wieder untaugliche Entsorgungsvarianten als "Übergang" ins Spiel gebracht, in diesem Fall sind es die Flutung von Bergwerken und der Abtransport von Salzlaugen mit Kesselwagen. Diese Vorschläge scheinen eher geeignet, die Öffentlichkeit zu verwirren als K+S aus der selbst angerührten Patsche zu helfen. Die entscheidenden Fragen sind nämlich nicht geklärt. K+S selbst hatte 2009 das Einstapeln von Salzlaugen in Bergwerken aus Sicherheitsgründen abgelehnt und der Transport an die Nordsee ist dem Unternehmen angeblich wirtschaftlich nicht zuzumuten.

Oder will K+S die Abwässer an die Oberweser transportieren? Dort sollen sie ja nach der Fertigstellung der "Oberweserpipeline" ohnehin verklappt werden. K+S müsste dazu - noch vor der Oberweserpipeline" - nur noch eine Bahnlinie bis Gieselwerder bauen sowie einen Güterbahnhof ganz in der Nähe.

Spätestens damit zeigt sich, dass die Albernheit der "Übergangslösungen" kaum noch zu überbieten ist. K+S scheint immer noch nicht bereit zu sein, die Verantwortung für die selbst geschaffenen Probleme auch selbst zu übernehmen.

Dr. Walter Hölzel
Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.
05545-95 01 08
wwa.ev@web.de

Informieren Sie sich auf

www.wasser-in-not.de

Das Informationsportal zur Kali- und Salz-Problematik

<p>Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss von Kommunen, Verbänden, Vereinen und Wirtschaftsunternehmen, die als Anrainer von Werra und Weser von der Versalzung der Flüsse durch die Abwässer der Kali-Industrie betroffen sind.</p>
